

relativ kleinen, aber industriell hochentwickelten Ländern besonders verschärfte, weil das Entstehen und Erstarken des sozialistischen Staatensystems in Europa, die Reife und Geschlossenheit der kommunistischen Arbeiterbewegung in den westeuropäischen Ländern den Imperialismus immer mehr in die Defensive drängten, weil sich die westeuropäischen Monopole aus der Bevormundung amerikanischer Konkurrenten lösen wollten.

Die imperialistische Integration führt zu einem zwischenstaatlichen politischen Überbau, der in seinem Wesen zutiefst antidemokratisch ist.<sup>12</sup> Für die mit der imperialistischen Integration in Westeuropa entstandenen neuen politischen Machtstrukturen, die zwischenstaatlichen Organe, ist charakteristisch, daß sie jeder demokratischen Kontrolle entzogen sind. In ihrer Tätigkeit und Struktur zeigt sich die dem staatsmonopolistischen Kapitalismus kennzeichnende Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates besonders ausgeprägt. Die zwischenstaatlichen Organe werden von den imperialistischen Regierungen in enger Abstimmung mit den Monopolen und ihren Verbänden gebildet. In allen Organen der EWG und der anderen imperialistischen Integrationsformen wirken die Vertreter der großen Monopole und Monopolverbände sowie der Regierungen und Parlamente der imperialistischen Staaten unmittelbar zusammen. Die demokratischen Kräfte, kommunistische Parteien und fortschrittliche Gewerkschaften, sind von der Mitarbeit in diesen Organen ausgeschlossen. Der Apparat zwischenstaatlicher Organe wird so zu einem mächtigen zusätzlichen Mittel im Kampf der Monopolbourgeoisie, um ihre Macht ökonomisch und politisch zu stärken. Dabei wirken die zwischenstaatlichen Organe auf die Staatsorgane und das ganze politische Herrschaftssystem der Mitgliedstaaten zurück; insbesondere verstärkt sich die Tendenz der bürokratischen Zentralisierung und Aufblähung der Exekutivorgane.

Für die internationalen staatsmonopolistischen Zusammenschlüsse ist zugleich der Widerspruch zwischen den Integrationsinteressen und den nationalen Interessen des Monopolkapitals kennzeichnend. Gemeinsame Entscheidungen der Mitgliedstaaten sind von wirtschaftlicher und politischer Rivalität der stärksten Teilnehmerstaaten, von ihrem Kampf um die Hegemonie in der imperialistischen Integration begleitet. Das Monopolkapital ist daher nur zögernd bereit, weitere zwischenstaatliche Organe zu bilden, da es nicht gewillt ist, entscheidende nationalstaatliche Souveränitätsrechte aufzugeben. „Und so, wie die Monopole im nationalen Rahmen einerseits wirtschaftliche Unterstützung beim Staat suchen, andererseits jedoch die Übertragung neuer wirtschaftlicher Hebel an ihn verhindern, ist für die internationalen staatsmonopolistischen Zusammenschlüsse eine solche Tendenz gleichermaßen typisch, nur mit dem Unterschied, daß der besagte Widerspruch hier um vieles schärfer auftritt.“<sup>13</sup>

Diese Nichtübereinstimmung von wirtschaftlicher und politischer Integration wird ganz besonders auf dem Gebiet der Außenpolitik sichtbar. Die außenpolitischen Interessen der imperialistischen Staaten kollidieren in vielfältiger Weise: im Verhältnis zu einzelnen sozialistischen Staaten; im Hinblick auf die Beziehun-

12 Vgl. K.-H. Werner, „Der antidemokratische Herrschaftsmechanismus der EWG und seine Rückwirkungen auf die Verfassungsstruktur der BRD“, in: Politisches Herrschaftssystem des BRD-Imperialismus, IPW-Forschungshefte, 1975/1, S. 144 ff.

13 Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Berlin 1972, S. 610.